

SÜDWESTRUNDFUNK
SWR2 Interview der Woche – Manuskript

Autor: Jan Seidel
Gesprächspartner: Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Redaktion: SWR Studio Berlin
Birgit Wentzien
Sendung: Samstag, 7.8.2010, 18.30 – 18.40 Uhr, SWR2

2 SWR2 Interview der Woche vom 7.8.2010

SWR: Herr Landsberg, die Katastrophe von Duisburg beherrscht weiterhin die Schlagzeilen in Deutschland. Die Aufarbeitung hat gerade erst begonnen. Die Veranstalter und die Stadtverwaltung stehen in der Kritik. Können Städte solche Großveranstaltungen mit teilweise 1 Million Besuchern in Eigenregie organisieren oder brauchen sie dabei doch Hilfe?

G. L.: Ich glaube, dass Städte so etwas können. Ich glaube auch, dass Städte so etwas können müssen. Wir brauchen solche Veranstaltungen – es ist ja nicht immer die Loveparade. Ich erinnere an den Papstbesuch in Köln, der hat funktioniert. Obama war in Berlin, da waren Hunderttausende auf der Straße und auch bei Fußballmeisterschaften. Wir brauchen so etwas. Selbstverständlich können das Städte. Das ist natürlich ein bisschen auch eine Frage der Größe einer Stadt. Das macht die Stadt ja auch nicht alleine, da ist die Polizei dabei, die Feuerwehr, der Katastrophenschutz. Wir müssen aber aus solchen tragischen Ereignissen lernen und das muss auch Bedeutung für alle anderen Veranstaltungen haben. Ein Vergleich: Sie werden sich erinnern, dass vor einigen Jahren in Bad Reichenhall eine Eissporthalle eingebrochen ist. Auch daraus hat man Konsequenzen gezogen. Man überprüft ganz anders heute - wenn Schnee fällt – solche Gebäude. Und man wird am Ende sicherlich auch aus diesem furchtbaren Ereignis entsprechende Lehren ziehen müssen.

SWR: Welche Konsequenzen müssen die Städte aus dem Unglück bei der Loveparade ziehen? Was lässt sich da jetzt schon absehen?

G. L.: Also sicherlich wird man noch viel mehr darauf achten müssen: Wie läuft in solchen großen Zahlen der Zugang der Menschen und wie können die Leute schnell von einem bestimmten Ort wieder weggebracht werden. Das heißt, die Örtlichkeit wird in Zukunft bei der Prüfung sicherlich noch eine viel größere Rolle spielen. Und dann stellt sich natürlich die Frage: Sind Innenstädte für so etwas geeignet? Wenn Sie daran denken, der Papstbesuch in Köln fand im Prinzip auf einem freien Feld statt. Das ist natürlich im Falle einer Panik viel geeigneter, als der beengte Bereich einer Innenstadt.

SWR: Viele Städte und Gemeinden haben kein Geld, das betonen sie immer wieder. Städtetagspräsidentin Roth rechnet in diesem Jahr mit einem Gesamtminus von 15 Milliarden Euro. Sie selbst haben vor kurzem vom größten Finanzdesaster seit Bestehen der Bundesrepublik gesprochen. Geben wir zu viel aus oder nehmen wir zu wenig ein?

G.L.: Beides. Also in erster Linie geben wir zu viel aus. Das heißt wir haben eine Sozillast aufgetürmt auf die Kommunen, Bund und Länder gemeinsam, die dieses Jahr bei etwa 41,6 Milliarden liegen wird. Das ist die Ausgabenseite, und die Einnahmenseite ist durch die Finanz- und Wirtschaftskrise verheerend, insbesondere die Gewerbesteuer im Schnitt ein Einbruch von etwa 22 bis 27 Prozent in einzelnen Städten, die häufig sehr angewiesen sind auf die Gewerbesteuer – über 70 bis 80 Prozent. Und vor diesem Hintergrund ist der Spielraum so gering wie noch nie und das Finanzierungssaldo von 15 Milliarden haben wir in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie erreicht.

SWR: Haben Sie das Gefühl, dass die recht präsidiale Kanzlerin da auch stillschweigend Städten und Gemeinden letzten Endes Belastungen überhilft?

G. L.: Das würde ich nicht sagen. Wir haben eine Tendenz, das hat auch gar nichts mit der Bundeskanzlerin zu tun, dass seit Jahren, dass Bund und Länder, wenn es darum geht Lasten abzuschieben, Wohltaten zu versprechen, die die Kommunen finanzieren müssen, sich sehr einig sind. Denken Sie das einfache Beispiel: Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, das ist ja im Prinzip richtig. Die jungen Mütter wollen in Zukunft eine Betreuung ihrer Kinder auch unter drei Jahren. Das kann man politisch wollen, das haben Bund und Länder gemeinsam festgelegt, aber die Finanzierungsfrage ist eben nur ansatzweise und nicht endgültig gelöst. Und deswegen glaube ich, brauchen wir andere Spielregeln zwischen Bund, Ländern und Kommunen, damit das besser wird. Und wir brauchen auch sicherlich das Bekenntnis, insbesondere des Bundes, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben auch gesamtgesellschaftlich gelöst werden müssen. Ich habe es ja genannt: Die Eingliederungshilfe, die Unterkunftskosten und die Grundsicherung im Alter.

SWR: Ein großer Teil der Einnahmen der Kommunen kommt aus der Einkommenssteuer, da kann es nur eine Verschiebung zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund geben. Alle drei Seiten sind schwer verschuldet. Zwei davon haben mit der Schuldenbremse in naher Zukunft zu kämpfen. Die andere Seite wäre die Erhöhung der kommunalen Einnahmen über andere Steuern. Ist das möglich?

G. L.: Also wir glauben, dass man mit einer Stärkung der Gewerbesteuer uns helfen könnte, in dem man eben zum Beispiel die freien Berufe einbezieht. Wir glauben auch, dass man mutig sein sollte. Wir diskutieren ja häufig über Mehrwertsteuer und amüsieren uns, dass der Eine begünstigt wird, das Hotel ist bekannt, der Andere wird benachteiligt. Das ist ein System, das kaum noch durchschaubar ist. Es gibt nach meiner Information 54 Ausnahmeprodukte, die den reduzierten Mehrwertsteuersatz haben. Das sollte man durchforsten und sollte überlegen: Ist das sinnvoll? Viele Dinge sind nicht sinnvoll und dass würde natürlich faktisch bedeuten, dass in bestimmten Bereichen mehr Steuern gezahlt werden müssen. Ich finde, es ist Aufgabe der Politik, den Bürgern zu sagen: Wenn ihr mehr Leistung vom Staat wollt und damit meine ich auch noch mehr soziale Gerechtigkeit, ich erinnere an die Diskussion über Hartz IV Sätze, dann müsst ihr auch bereit sein dies zu finanzieren. Wir haben über Jahre den Menschen beigebracht, das wird alles prima, es wird immer besser, der Staat macht das schon – so eine Wohlfühlgesellschaft. Und jetzt sind wir plötzlich in einer Krise und sagen: So funktioniert das nicht mehr. Wir können uns nicht weiter verschulden. Dann heißt die andere Antwort: Entweder Einnahmenverbesserung oder Ausgabenkürzung oder Kombination von beiden. Und das ist Aufgabe von Politik dieses deutlich zu machen.

SWR: Während wir hier sprechen, versuchen viele Kommunen, die Haushalte für die nächsten Jahre irgendwie auf die Reihe zu bekommen. Die Wirtschaftsberatung Ernst & Young hat sich in den Kommunen umgehört und rausbekommen, dass knapp zwei Drittel der Befragten die interkommunale Zusammenarbeit ausbauen wollen. Welche Möglichkeiten haben die Gemeinden da noch zu sparen?

G. L.: Also ich glaube, dass interkommunale Kooperation ein Bereich ist, wo wir noch Effizienzpotential haben. Wir können nicht noch mehr Personal abbauen. Wir haben über Jahre mehr abgebaut als Bund und Länder. Wir sollten auch nicht unser letztes Vermögen veräußern, weil wir damit Wirtschaftspolitik machen. Wir haben auch nur einen begrenzten Spielraum bei der Erhöhung von Gebühren und Beiträgen. Aber bei der Kooperation zwischen Kommunen, beim besseren E-Government, da haben wir sicherlich noch ein Potential um besser zu werden, bürgernäher und dabei billiger. Es muss nicht in jeder Stadt die gleiche Tätigkeit ausgeübt werden, man kann über das Backoffice-Prinzip etwas organisieren, das findet übrigens im großen Umfang bereits statt. Wir haben das in der Tourismuswerbung, wir haben teilweise gemeinsam Feuerwehren. Also, da gibt es schon viele Ansätze, aber da können wir noch einen Schritt weiter gehen und ich glaube auch, dass das gut ist.

SWR: Viele Gemeinden haben finanzielle Probleme. Sie haben einmal gesagt, wenn das so weiter geht mit den Kommunal финанzen, befürchten Sie Politik-Verdrossenheit in Deutschland. Wie wird das kommen, Ihrer Meinung nach?

G. L.: Also, ich glaube, dass wir an einer Grenze sind, wo der Bürger sich fragt, was macht denn eigentlich der Staat?! Der Bürger erlebt den Staat nicht im Fernsehen, er erlebt ihn in seiner Stadt. Und was sieht er dort? Er hört auf der Bundesebene und auf Landesebene, die „Bildungsrepublik“ soll kommen. Dann schaut er seine eigene Schule an, die sieht nun alles andere aus als nach „Bildungsrepublik“. Er hört, es wird alles besser, dann sieht er seine eigene Straße voller Löcher. Er sieht die Gebäude, er sieht die Plätze verfallen. Und das erzeugt natürlich dieses Gefühl, die da oben – ich sag das so wie es empfunden wird – die kümmern sich gar nicht um mich. Und das ist eine Gefahr, auch für lokale Demokratie. Sie kriegen die Leute doch nicht dazu, sich vor Ort zu engagieren, wenn die sagen: Wir können uns noch so engagieren, es ist nichts mehr, was wir überhaupt noch gestalten können. Insofern glaube ich, dass die Entwicklung, so wie sie jetzt ist, gefährlich ist. Wenn sie einen Haushalt in einer Stadt haben, der zu über 90 Prozent durch Vorgaben von Bund und Land, schon so ausgelutscht ist, dass die schon neue Schulden machen. Wie wollen Sie da einen Sportverein fördern, Musik fördern, Jugendarbeit, Gewaltprävention? All diese Dinge die den Menschen unheimlich wichtig sind vor Ort.

SWR: Das würde bedeuten, meine kleine Stadt als die „kleinste Bühne“ für Politik?!

G. L.: Als die „kleinste Bühne“, wo der Bürger seinen Staat erlebt und wie er sich da behandelt fühlt, und wie er sein Umfeld erlebt, so empfindet er größtenteils jedenfalls den Staat.

SWR: Unterfinanzierte Kommunen auf der einen Seite, ausblutende Orte auf der anderen. In Ostdeutschland beklagen viele Gemeinden, gerade in ländlichen Gebieten, einen massiven Einwohnerschwund. Ist das ein Phänomen, das sich Ihrer Meinung nach noch aufhalten lässt?

G. L.: Das Phänomen des demographischen Wandels und des Bevölkerungsschwundes haben wir überall. Gerade in ländlichen Regionen, übrigens auch teilweise in den Ballungszentren. Nur wir müssen Antworten darauf finden. Das heißt, wir müssen eine Politik machen, die zunächst mal ein Mindestmaß an Infrastruktur erhält, sonst werden die Leute weggehen. Wenn sie keinen Arzt haben, keine Schule haben und – das ist noch wichtiger – wenn es nicht auch Arbeitsplätze für junge Leute gibt, dann gehen die woanders hin. Und das ist ein großes Problem in Ostdeutschland, wo eben die Arbeitslosenquote im Schnitt immer noch mehr als doppelt so hoch wie im Westen ist. Das heißt, wir haben richtige Wanderungsbewegungen, gerade von jüngeren Leuten. Und die Sieger sind nicht immer die großen Städte. Ganz im Gegenteil, wir haben auch eine starke Tendenz aus diesen riesigen Ballungszentren raus zugehen. Das hat vielerlei Gründe, weil man sich sicherer fühlt, weil das Grundstück billiger ist. Aber der demographische Wandel muss viel mehr ins Zentrum der Politik. Wir müssen anders planen, als wir das in den letzten zwanzig, dreißig Jahren getan haben. Und man darf das nicht nur als Risiko sehen. Eine älter werdende, schrumpfende Gesellschaft ist für mich auch eine Chance. Es ist vielleicht etwas weniger hektisch. Es ist nicht immer nur was Negatives, wenn wir weniger Leute haben. Wir müssen es nur politisch gestalten wollen. Und wir müssen auch die Chance nutzen, die man mit Senioren hat. Senioren darf man nicht nur als mögliche Bewohner von Pflegeheimen oder Altersheimen sehen. Das ist auch ein Bürgerpotential, gerade die sagenhaft fitten 60iger, auch 70ig-Jährigen, die können Sie für eine Stadt gewinnen und mit denen können Sie auch eine Menge machen.